

Familienpolitik heute

„Hohe Kinderlosigkeit und das Verschwinden der Mehrkindfamilie“ beklagt die Familienministerin. Der Staat will also mehr Kinder. Ist das identisch mit dem Kindeswunsch von Paaren? So ganz wohl nicht. Denn die Paare machen von sich aus ja grad nicht so viel Kinder wie staatlich gewünscht.

Warum bleibt der Nachwuchs aus?

Kind und „Karriere“ kollidieren, sagt Ursula von der Leyen. Und Kinder sind – das ist heutzutage ein Gemeinplatz – in dieser unserer „Wohlstandsgesellschaft“ ein „Armutrisiko“ für die, die sie bekommen und aufziehen. Wie hierzulande ums regelmäßige

„gibt es Krippen. Solche Familien sind förderungswürdig, nur solche. Als Kennerin der Verhältnisse bekennt die gute Frau von der Leyen nämlich auch noch: Für gar nicht wenige „Problemfamilien“ mit ihren vielen Kindern hat sie nur eine Hilfe übrig: mehr Kontrolle.

Was ist die Familie?

Diese Debatte hat Frau von der Leyen auch noch losgetreten. Sie geht allerdings wenig über die vielen und reichlich konfliktrichtigen Anforderungen, die diese Institution ausmachen. Sondern darüber, von welchem „Familienbild“ sich Familienpolitik hierzulande leiten lassen sollte: Ist die Kindes-

GEGENSTANDPUNKT & DISKUSSION

Die politische Vierteljahresschrift GegenStandpunkt lädt ein zu Vortrag und Diskussion

Familienpolitik heute:

Wie der Staat den Kinderwunsch fruchtbar machen will und warum

Referentin: Margaret Wirth, Universität Bremen

Donnerstag, 28.06.07, 19.00 Uhr

Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70 b, Bremen

Weitere Termine in 2007: 20.09., 08.11.

Einkommen konkurriert werden muss, auch von Besserverdienern, und wie wenig Geld dabei für die meisten herauskommt, beides kommt dem Kindeswunsch in die Quere, diagnostiziert der Staat selbst. Aber: Den „Wettbewerb im Wirtschaftsleben“ will er, ebenso seine Standortpolitik, die mit aller Macht das nationale Lohnniveau senkt. Als Ergebnis feiern Politiker wie Öffentlichkeit ja grade: Die Wirtschaft und deren Gewinne boomen, mit dem nationalen Wachstum geht es aufwärts und mit ihm füllen sich wieder die Kassen des Finanzministers. Die Verarmungspolitik beenden, das kommt also für den Staat nicht in Frage. Aber er möchte:

Trotzdem mehr Kinder!

Also muss die Familienpolitik ran und etwas dafür tun, dass im Volk der Kinderwunsch wieder fruchtbar wird. Frau von der Leyen weiß auch, wie. Zunächst einmal äußert sie viel Verständnis für die Drangsale der „Verknüpfung von Beruf und Familie“. Das gilt als sympathisch, nicht als zynisch. Zumal die Familienministerin bekennt, dass es mit moralischen Streicheleinheiten nicht getan ist: „In Anbetracht steigender Kinderlosigkeit werden Maßnahmen gebraucht, welche die Entscheidung für Kinder erleichtern und die wirtschaftliche Stabilität von Familien stärken.“ Wenn der Dienst in der Wirtschaft in Widerstreit gerät zu dem Dienst, den die Familie als Keimzelle des Staates zu leisten hat – dann muss in dieser Abteilung Soziales glatt mal wieder Staatsgeld fließen. Nur schlechte Menschen wittern da Eigennutz des Staates; das Elterngeld bekommen doch die Familien! Die sollen doch in ihren allerprivatesten Kinderwünschen gefördert werden, darin, dem staatlichen Kinderbedarf nachzukommen. Und nicht nur das. Gute Familien sind solche, die ihre Kinder auch zu guten Deutschen großziehen; auch dann, wenn auch samstags Vati immer seltener der Familie gehört und Mutti auch Geld verdienen ist. Für solche „modernen Fami-

aufzucht „schwere Pflicht“ oder „höchstes Glück“ oder beides zugleich, verdient sie Zuwendung von „Geld“ oder „Anerkennung“? Machen Elterngeld und Krippen die Frauen zur „Wirtschaftsreserve und Gebärmaschine“, wie ein Bischof Mixa tönt, oder verwirklichen Frauen in der Doppelaufgabe von Beruf und Familie einen „selbstbestimmten Lebensentwurf“? Diese Debatte kann der Politik nur recht sein: So sind alle Nöte, die Staat und Kapital den Leuten servieren, in „Schwierigkeiten“ verwandelt, mit denen es zurechtzukommen gilt, und nur noch die eine Frage gilt: Wie bewähren sich Familien daran? Auf jeden Fall erfährt so die Familienpolitik die höhere Weihe, dass es bei ihr recht eigentlich darum gehe, den Familien bei ihrem Lebensprogramm Hilfe und Unterstützung zu gewähren.

Grund genug, folgende Fragen zur modernen Familie und Familienpolitik abzuhandeln:

- Was passt der Politik nicht an einer „sinkenden Geburtenrate“? Wofür ist er denn nötig und wichtig, der echt deutsche Nachwuchs?
- Was schätzt der Staat an der intimen Verbindung zweier Individuen – so sehr, dass er „Familien im 21. Jahrhundert“ an keiner Stelle mit ihrem Wunsch nach Gemeinsamkeit allein lässt? Wie sieht er aus, der „besondere Schutz“, den der Staat „Ehe und Familie“ angedeihen lässt? Wo kommt denn der Bedarf nach Schutz her?
- Wie rechnet „moderne Familienpolitik“? Was soll mit Elterngeld und Kinderkrippen bewirkt werden? Und die andere Seite der Familienpolitik: Was sind denn die „Problemfamilien“, für die es mehr Aufsicht geben soll?
- Was treibt Bischof Mixa? Und was ist von den Argumenten zu halten, die ihm landauf, landab entgegengehalten werden?

„Eine andere Welt ist möglich“ und ein Kronzeuge:

Mohammad Junus, Bankier

Während des G8-Gipfels wurde er durch die Talkshows gereicht und machte dort den Kronzeugen, dass es wirklich anders geht mit diesem häßlichen Elend und Hunger in der Welt. Das besonders Erhebende an seiner Message: Die mögliche andere Welt liegt so nah, ja genau in der Welt, wie sie geht und steht. Man muss dafür nichts gegen die wirtschaftlichen Verhältnisse des globalen Kapitalismus unternehmen, denen Kritiker die Verursachung von Elend und Hunger nachsagen, nein, diese Verhältnisse selbst halten die einzig wahren Heilmittel bereit: Kredit und Handel. Solche Kritik an den Zuständen in den Elendsregionen hat die G8-Gastgeberin Merkel nicht nur „gehört“, sie hat sie eingeladen.

Geprüft und nobelpreiswürdig befunden

Was Junus besondere Anerkennung in der öffentlichen Diskussion verschafft ist, dass er sie schon genießt: Der Mann trägt den Friedensnobelpreis. Das norwegische Parlament, das zur Erinnerung an einen der größten Rüstungsfabrikanten und Kriegsgegnern den weltweit bedeutendsten Friedenspreis verleiht, hat wie stets eine würdige Wahl getroffen. Ein Kriegsherr, der seine Sache gerade zu Ende gebracht und Frieden geschlossen hat, war wohl nicht zu finden, so hat man den Bankier Mohammad Junus aus Bangladesch als Wohltäter der Menschheit geehrt. Er hat dadurch von sich reden gemacht, dass er in seinem Land eine Art Raiffeisenbank gegründet hat, die kleine und kleinste Summen auch an die ganz Armen verleiht, indem sie auf pfändbare Sicherheiten verzichtet, die die ohnehin nicht stellen könnten. Die Sicherheiten ersetzt seine Grameen-Bank (Dorf-Bank) durch eine intensive Überwachung und soziale Kontrolle der Schuldner, eine Technik, die ihr die gigantische Rückzahlungsquote von über 98% ihrer Ausleihungen einträgt. Auf sie nimmt die Bank 20% Zinsen im Jahr – immer noch viel weniger, wie es heißt, als die Wucherer, die sie damit verdrängt. Mit ihren Zinserträgen und stetigen Rückflüssen, mit Spar-Einlagen und dem Verkauf von

Genossenschaftsanteilen an ihre Kunden vergrößert die Dorf-Bank ihre Finanzkraft stetig, weitet ihr Geschäftsfeld auf immer neue Dörfer und Dörfler aus und wächst damit noch in ganz andere Dimensionen hinein. Zusammen mit Telenor ist sie inzwischen Eigentümer des größten Mobilfunkbetreibers des Landes – und findet ob ihrer Erfolge weltweit immer mehr Nachahmer auch unter global agierenden Privatbanken, die sich das neu erschlossene Geschäftsfeld nicht entgehen lassen wollen. Das Interesse des echten Finanzkapitals, weit davon entfernt, das edle Entwicklungsprojekt zu diskreditieren, adelt es endgültig als realitätstaugliches Bankgeschäft.

Die Lehre: Geschäft ist Hilfe, Kredit ist Menschenrecht

Natürlich wird der Preis des schwedischen Dynamit-Produzenten nicht für eine Finanzinnovation verliehen, mit der sich auf neuen, bisher ungenutzten Feldern Geld machen lässt, sondern für Verdienste um die höchsten Ideale des modernen Imperialismus: Frieden und Entwicklung. Preiswürdig findet das Komitee die bengalische Geschäftsidee denn auch wegen ihres Beitrags zur „Entwicklung von unten“: Der „Bankier der Armen“ hat „Millionen Menschen aus der Armut geholfen.“ (HB, 16.10.06) Das dürfte übertrieben sein. Was sich aber sagen lässt, ist, dass Junus mit seinen Mikrokrediten aus untätigen, überlebensunfähigen und nutzlosen Armen fleißige, schachernde, dienstleistende und Zinsen zahlende Arme gemacht hat. Und es ist keine Lüge, sondern eine zynische Wahrheit über die ökonomischen Existenzbedingungen auch in der sogenannten Dritten Welt, dass die Indienstahlnahme des Überlebenskampfes der Armen zugunsten des Bankkapitals den Charakter einer Hilfe, ja der einzig realistischen und wirksamen Hilfe annimmt.

Wo Kredit Hilfe, gar unverzichtbar dafür ist, dass einer an die ihm absolut nötige Arbeit gehen kann, sind alle traditionellen Formen von Kooperation, Arbeitsteilung und sozialem Verbund durch die Macht des Privat-

Neu im Buchhandel:

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

2-07

Vom staatsgefährdenden Klassenkampf zum gewerkschaftlichen Ritual

Die Lohnfrage – einst und heute

Zu den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendam Radikale Anklagen, bescheidene Alternativen, verwegene Anträge:

Antiimperialismus heute – und wie der Rechtsstaat damit umspringt

Menschheitskatastrophe Klimawandel Was das Klima so alles von „uns“ verlangt

EU 2007 – Fortschritte und Verlegenheiten des Projekts ‚Weltmacht Europa‘

Österreich: Wie der Österreichische Gewerkschaftsbund einmal beinahe pleite gegangen wäre · Mindestlohn · Standort-sicherungsverträge · Der Fall Telekom · Zeitarbeit · Entgelttarifabkommen · Tarifabschlüsse in der chemischen und Metall-Industrie, im Baugewerbe · Krise bei Airbus · Amerikanische Raketenabwehr in der russischen Nachbarschaft – was regens sich die Russen so künstlich auf? · Reform des Bleiberechts · Affäre um gekaufte Betriebsräte bei Siemens · Katholischer Bischof vs. christdemokratische Familienministerin: „Gebärmaschine“? Nein – selbstbestimmter „Lebensentwurf“! · Iranisch-britische „Geisellaffäre“ · Nachrufe auf Boris Jelzin · Israel zieht die Lehren aus dem Libanon-„Feldzug“: Der nächste Krieg wird wieder ein echter 6-Tage-Klassiker!

Zu den Protesten gegen den G8-Gipfel

Der Gegenstandpunkt nimmt die Proteste gegen den G8-Gipfel zum Anlass für eine grundsätzliche Kritik der falschen Kritik am Treiben der weltmächtigen Agenturen der globalen Konkurrenz um und mit Geld und Gewalt. Die Globalisierungsgegner treten gegen das demonstrative Gipfeltreffen der Chefs der Weltmarkt und Weltpolitik bestimmenden Nationen mit radikalen Anklagen an: Armut, Elend, Krieg, Umweltzerstörung legen sie ihnen zur Last, um dann mehr oder weniger anklagend bzw. bei den ‚Verantwortlichen‘ einklagend zu verkünden, dass „es“ auch anders geht, und nach einer besseren Politik zu verlangen. So als wäre gar nicht weiter viel dabei ein ganzes mit der Geldmacht des weltweit agierenden Kapitals gestiftetes und ihr dienendes Weltwirtschaftsgetriebe und eine mit Gewalt und Krieg ausgetragene ‚Weltordnung‘skonkurrenz aus den Angeln zu heben. Das ist ein fataler Fehler. Denn genau daran, ob der Protest dem System des Welthandels gilt oder bloß vermuteten Ungerechtigkeiten, ob

man zu den Prinzipien des kapitalistischen Menschenverschleißes und Naturverbrauchs Nein! sagt oder bloß zu behaupteten Übertreibungen und Verirrungen, ob man in der gültigen ‚Weltordnung‘ den Grund für Gewalt und Krieg erkennt oder ein Problemfeld, das für bessere ‚Lösungen‘, möglichst ohne Krieg und Armut, offen ist: genau daran entscheidet sich, ob man der „von der Dominanz der G8-geprägten Welt“ ihre Grobheiten und Gemeinheiten als letztlich unpassende und überflüssige Verfehlungen vorhält, also im Prinzip um Einverständnis bemüht ist, oder ob man dieser Weltordnung mit ihren systematischen Notwendigkeiten das Verständnis aufkündigt. Mehr dazu im Artikel:

Radikale Anklagen, bescheidene Alternativen, verwegene Anträge Antiimperialismus heute – und wie der Rechtsstaat damit umspringt.

Der Fall Kurnaz: Ein Lehrstück über die gute Verdauung der Demokratie

Rund viereinhalb Jahre schmort Murat Kurnaz in Guantanamo im Militärgefängnis der USA unter den dort üblichen, bekannt rauen Haftbedingungen (über die „Käfighaltung“ der gefangenen Muslime wie auch das Foltern als Verhörmethode durfte man sich Anfang 2002 heftig erregen). Doch „das Schicksal des jungen Islamisten hatte zwischen 2002 und 2005 nur mäßige Aufmerksamkeit gefunden“, berichtet die Öffentlichkeit, die die Aufmerksamkeit ihrer Leser und Hörer ja stets auf die Affären lenkt, die echte Aufmerksamkeit verdienen. Nach seiner Befragung im BND-Untersuchungsausschuss im Januar 2007 lösen „die Leiden des Murat Kurnaz“ auf einmal einen „politisch-publizistischen Orkan“ aus. Parlamentarier aller Fraktionen zeigen sich von seinen Aussagen „tief beeindruckt“, als ob sie noch nie etwas von den Methoden der Amis, verdächtige Muslime etwas härter anzufassen, gehört hätten. Presse und TV befördern den Umschwung der öffentlichen Meinung durch bohrende Fragen: „Was bleibt, sind viele Fragen.“

Vor allem die folgende: Musste „der Bremer Kurnaz länger als nötig im US-Lager Guantanamo ausharren?“ Dieser Kritiker hat jedenfalls nichts dagegen, dass verdächtige Muslime ins Foltercamp verfrachtet werden, bis zweifelsfrei feststeht, dass „von ihnen keine Gefahr ausgeht“. Solange ein Verdacht besteht, trifft die Sonderbehandlung auch nach Auffassung journalistischer Menschenrechtsfreunde schon die Richtigen. Und an Verdachtsmomenten gegen den „Bremer Taliban“ hat es ja nicht gefehlt: „ein junger Türke, der einen Monat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 nach Pakistan reist, um angeblich mehr über seinen islamischen Glauben zu lernen“.

Dass zu einem späteren Zeitpunkt „schon früh alles für seine Unschuld sprach“ und dass auch die Amis mit ihrem Fang nicht mehr viel anzufangen wussten, änderte die Lage. Die Menschenrechtler in den Redaktionsstuben geizen nun nicht mit kraftvollen Worten, die das „furchtbare Schicksal des unschuldigen Opfers in Guantanamo“ vor Augen stellen, um, wie es sich gehört, nach den Verantwortlichen für die unnötige Quälerei zu suchen: „Hat das Verhalten der damaligen rot-grünen Bundesregierung dazu geführt, dass Kurnaz nicht freikam, auch nachdem seine Unschuld feststand?“

Ein Folteropfer ...

Nach Sichtung der aus dem BND-Untersuchungsausschuss zugespielten Indiskretionen ist man sich einig: Im Prinzip ja. „Ein Opfer des Staates“, titelt die SZ vom 23.1. ihren Kommentar zur Affäre:

„Die ehemalige Regierung in Berlin, die öffentlich immer ihre Sorge über das US-Lager Guantanamo bekundete, hat Kurnaz der amerikanischen Willkür für viele Jahre ausgeliefert und mit bürokratischem Eifer sichergestellt, dass er nicht nach Deutschland zurückkehren konnte.“

So ist es gewesen – und das wäre eine schöne Gelegenheit, sich die Ziele und Kalkulationen der glorreichen „mensenrechtsorientierten Außenpolitik“ von Schröder und Fischer vorzunehmen, denen ein übereifriger Koranschüler wie Kurnaz schon mal zum Opfer fällt; eine Gelegenheit, den imperialistischen Hochseilakt zu beurteilen, bei dem der Kanzler zwischen der ersten, demonstrativen Kündigung deutscher Gefolgschaft bei einem amerikanischen Weltordnungskrieg und dem Bestreben balanciert, das Bündnis mit der Supermacht darüber nicht ganz zu ruinieren; bei dem er das Nein zum „völkerrechtswidrigen“ Überfall auf den Irak mit einem entschlossenen Ja zum Krieg gegen den Terror verbindet, dort, wo wie in Afghanistan deutsche Stellen selbst ihn lokalisieren; ein Balanceakt, bei dem die intensive geheimdienstliche Zusammenarbeit mit US-Stellen in der vorbeugenden Bekämpfung antiwestlicher Glaubenskrieger der öffentlichen Distanzierung von menschenrechtlich und rechtsstaatlich inakzeptablen Überwachungs- und Folterpraktiken gegenübersteht, die sich die Supermacht im Zug ihrer weltweiten Selbstverteidigung heraus-

nimmt. Eine schöne Gelegenheit wäre der Fall schließlich, um die Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik zu studieren, zu deren Hütern sich die deutsche wie andere europäische Regierungen gegenüber anderen Staaten aufblasen: Wo sie die Ziele nicht billigen, bemerken sie an der staatlichen Stützung von innerer und äußerer Sicherheit die Gewalttätigkeit, klagen also Unterdrückung, Verstöße gegen den Rechtsstaat und Willkür an; wo sie die Ziele billigen, legitimieren sie Unterdrückung als notwendige Antwort auf illegitime Gewalt von unten oder außen; als Notwehr der Obrigkeit sozusagen – verzeihliche Notwehrexzesse inbegriffen. So dringen die Hüter der Menschenrechte gegen andere souveräne Staaten auf ein Aufsichtsrecht über deren Gewaltgebrauch und bestehen sogar gegenüber dem großen Partner darauf, dass auch er und auch im Krieg nicht über dem Völkerrecht, also nicht über ihren Einspruchsansprüchen stehen darf. So passen die laute „Sorge über Guantanamo“ und die leise Einreiseverweigerung für Kurnaz zusammen.

... und das eigentliche Opfer: die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik

Tatsächlich geht es den journalistischen Anklägern um nichts von dem. Sie werfen einen Widerspruch zwischen außenpolitischem Reden und Handeln unter Schröder auf, den es gar nicht gibt, und das nur, um Konsistenz auf diesem Feld einzuklagen: Sie kritisieren eine Disharmonie zwischen der imperialistischen Handhabung der Menschenrechtswaffe und dem zynischen Umgang der Regierung mit einem vermeintlichen Sicherheitsrisiko aus teilnehmender Sorge um das Erscheinungsbild, das die deutsche Politik nach innen und außen abgibt. Ihr ganzes Thema ist die Glaubwürdigkeit des deutschen Auftritts.

Die Verarbeitung des Skandals nimmt den entsprechenden Verlauf: Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Politik werden deren Machern zur Last gelegt und zu Zweifeln an ihrer persönlichen Integrität und moralischen Qualifikation. Saß mit dem damaligen Geheimdienstkoordinator und heutigen Außenminister ein „Heuchler im Kanzleramt“? „Wird aus dem Fall Kurnaz ein Fall Steinmeier?“ Kurzfristig wird sogar der Punkt erreicht, „an dem sich das politische Schicksal von Außenminister Frank-Walter Steinmeier entscheiden könnte.“ (SZ, 22.1.) Im Interesse der Feststellung von zurechenbarer Schuld wird sie allerdings auch verkleinert – „was wusste Steinmeier“ wann? Hat er aus seinen damaligen Erkenntnissen die damals möglichen und gebotenen Schlüsse gezogen oder die Lage falsch beurteilt? Außerdem verästelte sich der Skandal; neben den Akteuren Steinmeier und Schily gerät das deutsche Ausländerrecht als Verursacher ins Visier, das es den Bremer Behörden allzu leicht macht, dem hier geborenen Türken die Rückkehr zu verweigern.

So holt man den Skandal in den parlamentarischen Alltag zurück und kocht ihn wieder herunter; andererseits kommt man genau so auf den Hauptpunkt, um den es bei solchem Stoff immer geht, die ewig interessante Intrigenwirtschaft der demokratischen Parteien. Die auf den Oppositionsbänken sind bestrebt, den Inhabern der Macht eine Verletzung ihrer Verantwortung ans Bein zu binden in der Gewissheit, dass immer irgendetwas hängen bleibt. Die Angegriffenen kehren ihre Gesinnungsfestigkeit heraus und bestehen darauf, dass sie sich „in sehr schwierigen Zeiten der Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes stellen.“ (Steinmeier)

Die Presse verschiebt ihre Aufmerksamkeit endgültig auf das Geschick der Akteure bei Angriff und Verteidigung in Sachen persönlicher Glaubwürdigkeit, vergibt Haltungsnoten und bleibt mit all dem ganz beim Gegenstand ihrer Sorge: Dem überzeugenden, unangreifbaren Auftritt deutscher Weltpolitik in Gestalt ihrer höchsten Repräsentanten. Wenn sie denen Heuchelei vorrechnet und mehr moralische Konsequenz bei der Wahrnehmung ihrer hohen Aufgaben anmahnt, tut sie so, als wüsste sie schon, wie die deutsche Sache konsequenter und eben glaubwürdiger

zu vertreten wäre. Dabei erspart sie sich mit ihrer billigen Forderung nach der Übereinstimmung von Reden und Handeln voll und ganz, zu entscheiden, wohin sie den aufgeblasenen Widerspruch aufgelöst sehen will. Hätte sich Schröder nie so weit vom großen Verbündeten entfernen, hätte er nie konkurrierende außenpolitische Werte in Umlauf bringen sollen, so dass er nun nicht an ihrer Nichtbefolgung blamiert werden kann? Wollen die journalistischen Tugendwächter, dass Deutschland wie die USA, wenn es um nationale Sicherheit geht, offensiv auf die Menschenrechte pfeift – und dann auch redet

wie es handelt? Oder soll sich das Land im Namen der Menschenrechte wirklich mit den USA entzweien und weltpolitisch in Isolation und Ohnmacht begeben?

Weder – noch! Die Öffentlichkeitsarbeiter sind so bescheiden, schlicht die Deckungsgleichheit beider Alternativen zu fordern. Sie bestehen auf der ideellen Überhöhung der Außenpolitik zur Menschheitsmission ebenso wie auf einem realistischen Machtkalkül, das das zweifellos wohlthätige Gewicht Deutschlands in der Welt wahr und mehrt. Die Politiker machen sie verantwortlich für die überzeugende Glaubwürdigkeit dieser Heuchelei.

Wolfgang Möhl
Theo Wentzke

Das Geld

Von den
vielpriesenen Leistungen
des schnöden Mammons

GegenStandpunkt

Neu erschienen:

Inhalt:

- Von den viel gepriesenen Leistungen des schnöden Mammons
- Was jedermann geläufige Erfahrungen durchaus lehren könnten: Einige ökonomische Wahrheiten, Ware und Geld betreffend
- Geld – das ‚reale Gemeinwesen‘
- Deutsch-deutsche Währungsunion – die erstmalige korrekte „Anwendung des Wertgesetzes“ auf dem Boden der DDR Geld im Systemvergleich
- Das Geld des Staates

Zu bestellen im Buchhandel:

ISBN 978-3-929211-11-5
Format: A5, 164 Seiten, 15.–€

(Fortsetzung Mohammad Junus)

eigentums aufgelöst und zerstört. Dieses Eigentum aber gehört, wie ihr Name schon sagt, nicht den Armen. Auch sie stehen in einer Wirtschaft, in der sich alles ums Geld dreht, sind auf Gedeih und Verderb aufs Geldverdienen angewiesen – und ohne Geld. Für sie sind schon primitivste Arbeits- und Produktionsmittel – Saatgut, Nähmaschine, Wasserpumpe – unerreichbar. In dieser Situation, in der alle Bedingungen beisammen sind und nur noch ein Geldvorschuss dafür fehlt, dass der mittellose Arme in einen Erwerb stürzt und mit seinen Anstrengungen um einen Lebensunterhalt noch Zinsen abwirft, kann eine Bank helfen. Wenn der Kapitalismus erst einmal Platz gegriffen hat, geht nichts mehr ohne Kapital – und sei es in homöopathischen Dosen. Die mit Startgeld ausgerüsteten Kleinstunternehmer haben nun das Glück, mit ihrem Angebot sich erstens gegen die Konkurrenz der industriell erzeugten Importprodukte aus den entwickelten Ländern, zweitens gegen den kämpferischen Geschäftssinn von ihrgleichen behaupten und drittens die Ansprüche ihres wohlthätigen Gläubigers befriedigen zu dürfen – ehe ihre Arbeit sie ernährt. Besonders stolz ist Professor Junus darauf, dass sein Entwicklungsprojekt nicht zum xten Mal auf Mildtätigkeit hinausläuft, sondern sich in ein echtes Geschäft übersetzt – „ein Geschäft wie jedes andere“ (HB) –, das sich erstens selbst finanziert und wächst und zweitens dafür sorgt, „dass auch die Ärmsten der Armen selbst für ihre Entwicklung arbeiten können.“ (La Sicilia, 14.10.) So hat er, wie das Nobel Komitee meint, mit seiner Geschäftsidee „mehr für die Entwicklung von unten bewirkt als viele Milliarden auswärtiger Entwicklungshilfe.“

„Almosen bringen nichts!“ – diese lang erprobte Wahrheit versteht der philanthropische Ökonom allerdings nicht etwa so, dass einmalige Geschenke und Nothilfen an der Lage der Betroffenen nichts ändern und es schon mehr bräuchte – eine kollektive Organisation der notwendigen Arbeit etwa –, um in seiner Weltregion das Leben erträglicher zu machen. Nein, er versteht den Satz pädagogisch, lehnt nicht rückzahlbare Zuwendungen und Entwicklungshilfen ab, nicht weil sie nichts nützen, sondern weil sie die Beschenkten verwöhnen, ihnen den Zwang zur Mühsal ersparen und sie wie Drogenabhängige nur immer noch abhängiger vom nächsten Zuschuss machen. Kapitalismus als Erziehungsmittel ist dagegen genau

das, was die Elenden brauchen. Ihrer Schaffenskraft, in die Junus großes Vertrauen setzt – „Jeder Mensch hat die Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen“ –, hilft die streng überwachte Pflicht der Zinsenbedienung auf die Sprünge. Das wirkliche Verhältnis von Zweck und Mittel im Bankgeschäft stellt der ökonomische Volkserzieher damit zwar schon auf den Kopf: Zins zu erwirtschaften soll nicht der Zweck des Geldverleihens sein, sondern ein raffiniertes Mittel, um den Schuldner zu regelmäßiger Arbeit anzuhalten und an die Härten der Selbstverantwortung zu gewöhnen. Aber das ist eben ein der VWL würdiger Idealismus; und solange die Rückzahlungen funktionieren, kann man ja so tun, als liefen beide Ziele auf dasselbe hinaus: der Zwang, einen Teil der eigenen Arbeitszeit für die Bank zu arbeiten, als die beste Erziehung zur Arbeit für sich selbst.

Überhaupt bekennen sich der Preisträger wie seine Laudatoren dazu, dass es ihnen noch mehr um die Hebung der Moral der Ärmsten zu tun ist, als um die Hebung von deren Lebensstandard: „Mit seiner Idee, den Armen durch Kleinstkredite zu helfen, gab er vielen Menschen ihre Würde zurück.“ (NN, 14.10.) Arme Leute, die ihre Rechnungen bezahlen und Schulden tilgen, haben Würde – die Sorte Selbstständigkeit und Respektabilität nämlich, die die Freiheit kapitalistischer Existenzen ausmacht. Ihre vertraglich eingegangene Abhängigkeit vom Mikrokreditgeber ist Unabhängigkeit, die erfüllte Pflicht zur Verzinsung ist Freiheit. Hilfe anzunehmen, wäre dagegen Unselbstständigkeit, Elend und begründete zu Recht Verachtung.

Mohammad Junus hat sich also wirklich verdient gemacht. Erstens um den immer wieder bedrohten Ruf des globalen Kapitalismus. Mit seiner moralisch besonders glaubwürdigen, weil geldmaterialistische Motive gar nicht verleugnenden Innovation hat er bewiesen, dass sich auch die ganz Armen im Kapitalismus unterbringen lassen; d.h. sich auch für sie – wenigstens für einige von ihnen – die Gleichung von Arbeit für den Lebensunterhalt und Arbeit fürs Kapital organisieren lässt, in diesem Fall eben für das Kapital der Bank. Er hat sich zweitens verdient gemacht um die praktische Verankerung eines angepassten Armutskapitalismus in den Weltregionen, die der Rechnungsweise des Kapitals längst unterworfen sind, ohne dass Kapitalisten mit den menschlichen und natürlichen Produktionsbedingungen dort so recht etwas anzufangen wüssten.